

Textilarbeiter-Zeitung

Die „Textilarbeiter-Zeitung“ erscheint jeden Samstag. Verbandsmitglieder erhalten die Zeitung unentgeltlich. Bestellungen durch die Post für das Vierteljahr 5 Mark.

Organ des Zentralverbandes christlicher Textilarbeiter Deutschlands.

Verlag Bernh. Otte, Düsseldorf 100, Tannenstraße 33.
Druck und Versand Joh. van Haken, Crefeld, Luth. Kirchstraße Nr. 63-65.
Fernruf: 4692.

Schriftleitung: Düsseldorf 100, Tannenstr. 33. Fernruf 4423, Telegr.: Textilverband Düsseldorf.

Jedes Menschen Pflicht

ist es, in seinem Beruf zu arbeiten und nicht zu verzweifeln bei verfehlten Unternehmungen oder Enttäuschungen, welche nicht in seiner Macht lagen zu verhüten.

Arbeit ist ein Konkurrenzkampf.

Es genügt nicht, nur mitzutun. Man muß am besten tun.

Ein Rückblick auf die Entwicklung der christlichen Gewerkschaften im Jahre 1919.

Im Zentralblatt der christlichen Gewerkschaften Deutschlands, Nr. 20 vom 27. September ds. Js., wird ein sehr eingehender Bericht über die Entwicklung der Gesamtbewegung veröffentlicht. Derselbe verdient es, daß er von allen Mitgliedern nicht nur flüchtig gelesen, sondern eingehend studiert wird. Wenn wir auch erst in der nächsten Nummer uns mit den darin enthaltenen besonderen Angaben befassen können, so wollen wir doch heute schon bemerken, daß die Gesamtbewegung im Jahre 1919 einen bis dahin noch in keinem Jahre erzielten Mitgliedererfolg zu verzeichnen hat. Die christlichen Gewerkschaften hatten 1918 mit 538 559 Mitgliedern abgeschlossen; am 31. Dezember 1919 zählten sie 1 000 770 Mitglieder. Aber trotz dieses erfreulichen Aufschwungs wird im Bericht das Jahr 1919 als ein „Krisenjahr erster Ordnung“ bezeichnet. Und wenn man den Bericht liest, findet man, wie sehr diese Bezeichnung berechtigt ist.

In der Vorkriegszeit zeigte die deutsche Gewerkschaftsbewegung einen fast stetigen, keineswegs sprunghaften Aufstieg. Sie war das Sammelbecken für alle strebenden Elemente in der Arbeiterschaft, die in der andauernden Einwirkung auf die wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Zustände das beste Mittel zur Verwirklichung ihrer Ziele sahen. Für Utopisten und Anhänger der sog. direkten Aktion bot die deutsche Gewerkschaftsbewegung kein Betätigungsfeld. Wenn das mit der Revolution anders wurde und Elemente der verschiedensten Art, die keineswegs zur gewerkschaftlichen Arbeit befähigt waren, in die Bewegung hineindrängten, so liegt das in den Zeitereignissen begründet. Immer wird es das Bestreben der Menschen sein, einen sichtbaren Ausdruck für ihre Bestrebungen, einen erkennbaren Sammelpunkt der Gleichgesinnten zu haben. Nichts lag näher, nachdem die Massen durch die Revolution in den Besitz der Macht gelangt, daß diejenige Organisation als Sammelstätte ausserkoren wurde, die bis dahin das Vertrauen der Arbeiterschaft besaßen — die Gewerkschaft. Die Verbreitung der Gewerkschaftsbewegung bis in die kleinsten Orte, die gute Funktion ihres Organisations- und Agitationsapparates waren ein weiterer Grund für ihre Anziehungskraft.

Die schnelle Sammlung der verschiedensten Elemente ohne gewerkschaftliches Wollen, ohne Erziehung zur Disziplin, lediglich dem Gange lebend, von der erworbenen Macht zum eigenen Vorteil Gebrauch zu machen, bedeutete für die Gewerkschaftsbewegung die härteste Belastungsprobe. Wo bis dahin gewerkschaftliche Einflüsse und Umsicht geherrscht, Unterordnung unter die Bedürfnisse der Gesamtheit ein Lebensgesetz war, entstand jetzt ein Herd zügelloser Leidenschaft. Die Gewerkschaftsbewegung wurde zum Tummelplatz von Elementen, denen wirkliche, auf dem Boden der Sittlichkeit erwachsene Solidarität, der Gedanke des Allgemeinwohles, weisens-fremde Begriffe waren, die sich zur Mitgliedschaft in einer Gewerkschaft nicht aufschwingen konnten, als noch persönlich stärkere Opfer damit verbunden waren.

Bedarf es einer besonderen Erwähnung, daß viele der im Berichtsjahr zum Austrag gebrachten Kämpfe

ein Sohn auf die Gewerkschaftsgrundzüge waren? Das war kein organisiertes Vorgehen disziplinierter Arbeitermassen, sondern gewerkschaftliche Anarchie!

Dienen mußte die Gewerkschaftsbewegung vielen Zwecken: politischen Plänen, selbstsüchtigen Plänen einzelner und einzelner Gruppen. Die Arbeitskämpfe in den verschiedensten Bergbaugebieten, auf der Eisenbahn usw. waren zumeist politischen Ursprungs. Das Schlagwort von der Diktatur des Proletariats hatte die Köpfe verwirrt. Diktatur des Proletariats, Verwirklichung des Sozialismus auf dem Wege der direkten Aktion waren das angebliche Ziel der Kämpfe. Mit neuer Verwirrung und neuer Verbitterung fanden sie durchweg ihren Abschluß.

Die christlichen Gewerkschaften können von sich behaupten, daß sie sich innerlich freihielten von allen Einwirkungen einer irreführenden Massenpsychologie. Nicht zu vermeiden war hingegen, daß die Wogen des Kampfes auch sie berührten, oftmals so stark, daß sie mit in den Strudel gegen ihren Willen hineingezogen wurden und es des harten Schaffens bedurfte, wieder festen Boden zu gewinnen.

Die Ursachen der Gärung.

der Unruhe und der verzweifelten Stimmung der Arbeitermassen liegen nicht nur im verlorenen Krieg und in der Revolution. Man vergegenwärtige sich, daß ein organisches Hineinwachsen der Arbeiterschaft mit ihrer im modernen Arbeitsverhältnis begründeten und durch die privatkapitalistische Wirtschaftsform bedingten Eigenart in das staatsbürgerliche und gesellschaftliche Leben bis gegen den Ausgang des Krieges nicht möglich war. Alle warnenden Stimmen, auch aus der christlichen Gewerkschaftsbewegung heraus, blieben bei den herrschenden Gewalten ohne hinreichende Würdigung. Ein inneres Verständnis für die Lage der Lohnarbeitenden Klassen, ein tiefes Mitleidempfinden ihrer seelischen und leiblichen Not, ein ernsthafter Wille, den sogenannten unteren Volksschichten volle politische, wirtschaftliche und gesellschaftliche Gleichberechtigung zu gewähren, sie zu bewußten Mitträgern eines wirklichen deutschen Gemeinschaftslebens zu machen, fand sich nur bei wenigen, die auf die Geschichte Deutschlands einen Einfluß ausübten. Macht und Reichtum, das waren die Pole, um die sich das öffentliche Leben Deutschlands bewegte. Das Leben, Denken und Sehnen des weitaus stärksten Teiles des deutschen Volkes, der Lohnarbeiterschaft, blieb ein Problem von untergeordneter Bedeutung. Da kam der Krieg, im tiefsten Wesen eine Wirkung der rein materiellen Einstellung der Völker, nicht zuletzt des maßgebendsten Teiles des deutschen Volkes. Eine ganze Welt gegen sich, abgeschnitten vom notwendigsten Lebensbedarf, mußte Deutschland unterliegen. Die staatliche Umwälzung war das Produkt dieser Niederlage und der Enttäuschung der Massen über die Führung des Volkes.

Die Wirtschaftskämpfe des letzten Jahres

waren zum guten Teil die Auswirkung eines Großen, der sich in Jahrzehnten angesammelt und der sich nun in irgendeiner Weise Luft machen mußte. War auch die seitherige Herrschaft beseitigt, allenthalben glaubt man in der verzweifelten Stimmung neue Ansätze zur Wiederherstellung der alten Ordnung zu sehen. Das war die eine Ursache. Die andere lag in der Geistesart der revolutionierenden Massen selbst. Die nationalistiche Denkweise war nicht nur das Gut der herrschenden Schichten. Was eine vergötterte Wissenschaft gelehrt, war auch das geistige Eigentum weitester Arbeiterkreise geworden. Materialistischer Geist hier wie dort. Dort lebte sich der Geist aus in der Form des persönlichen Erwerbstrebens, ohne Rücksicht auf die Lage anderer, hier zeigte er sich in der Form der Solidarität solange, als allen gemeinsam die Last der Unterdrückung war. Darin, daß der solidarische Gedanke bei den sozialistischen Massen verloren ging in dem Augenblick, als sie sich im Besitz der Freiheit wähnten und selbst ihre Geschichte zu bestimmen begannen, zeigt sich, daß nicht sittliches Streben und Wollen die Grundkraft dieser Solidarität waren, sondern

selbstliche Sucht nach materiellem Gewinn.

Solidarität war hier nicht Ziel und Selbstzweck, sondern nur Mittel zur Befriedigung der Selbstsucht.

Die Gewerkschaften standen im Jahre 1919 mitten im Freiheitssturm und im Machtsstreben materialistisch denkender, revolutionierender Massen. Daraus wird von

Fernstehenden nur zu oft die Folgerung gezogen, in den Gewerkschaften verkörpere sich die Zügellosigkeit, die gemeine Bier nach materiellem Besitz, der brutale Gewaltwille moralisch minderwertiger Individuen. Einer solchen Auffassung muß entschieden widersprochen werden. Die Gewerkschaften standen unter der Einwirkung äußerer Vorgänge und dem Wollen solcher Kräfte, deren sie sich nicht erwehren konnten. Der einsichtiger Teil der Gewerkschaftler war machtlos, um sich mit Erfolg den ungewerkschaftlichen Bestrebungen undisziplinierter Massen entgegenzusetzen. Viel zu sehr hatte auch die Masse des deutschen Volkes gelitten, um noch die Kraft aufzubringen, der rohen Gewalt zu widerstreben. Nur langsam ist an ein Erstarren der seelischen Kräfte zu denken. Und

nur langsam wird die Vernunft wieder zur Geltung kommen.

Nicht vergessen darf aber auch werden, daß die Rote der Wirtschaftskämpfe nicht abbrechen konnte bei der wahnsinnigen Preistreibererei für alle Lebensmittel und Verbrauchsgüter. Der Wahnsinn der rein privatkapitalistischen Wirtschaftsweise zeigte sich niemals deutlicher als in den Tagen der großen deutschen Not. Die materialistische Gesinnung fand zunächst im Kriegsgewinnergeist (der großgezogen wurde von den verantwortlichen Stellen des Reiches durch eine, jeder sittlichen Idee baren Inreizpolitik), dann in dem Lächerlichen der nachrevolutionären Zeit, eine ins Grauenhafte gesteigerte Auswirkung. Ganz recht, wenn man die Arbeiter zur Ordnung ruft, die in Verzweiflungsakten das ganze deutsche Wirtschaftsleben bedrohen. Aber niemals sollte vergessen werden, warum die Arbeiterschaft vom Geist der Verneinung und Zerstörung so erfaßt wurde. Gerade die Kreise, die der Arbeiterschaft nicht genügend Vorhaltungen machen können, die nicht genug tun können in der Begeisterung der Tatsache, daß die Arbeiterschaft zu größeren Freiheiten gelangte, die sind

die Hauptschuldigen am deutschen Elend.

Die wilden Arbeitskämpfe, der Lohnbolkschwerismus, sind die nur zu natürlichen Folgen der wirtschaftlichen Anarchie, die dem Bürgertum ein unantastbares Heiligtum der „bürgerlichen Gesellschaftsordnung“ ist.

Die christlichen Gewerkschaften haben es als ihre vornehmste Aufgabe betrachtet, bei aller Gärung in der Arbeiterschaft, der Vernunft Geltung zu verschaffen. Aber nicht konnte man von ihnen verlangen, daß sie dort, wo die Lebensinteressen der Arbeiter die gewerkschaftliche Einwirkung auf die Lohn- und Arbeitsverhältnisse gebieterisch verlangten, tatenlos blieben. Wo einem Notstand gesteuert werden mußte, haben die christlichen Gewerkschaften kräftig und entschieden zugegriffen. Andererseits haben sie zur Ruhe und Besonnenheit gedrängt, wo immer nur der Wirtschaftskampf Formen annahm, die weder der Allgemeinheit noch der Arbeiterschaft zum Vorteil gereichten. Allzu oft blieb leider nichts anderes über, als ohne Zutun der Gewerkschaften entbrannten Kämpfen ein klares Ziel zu geben und sie in gewerkschaftliche Bahnen zu lenken. Wohl in keiner Zeit haben die Gewerkschaftsangeordneten mehr als „Rangierer“ und „Bremsler“ tätig sein müssen als im Berichtsjahr.

Von der gewaltigen, nervenaufpeitschenden Arbeitspflichtbewußter Gewerkschaftsangeordneter

melden die Tageszeitungen allerdings nichts, während jede auf Arbeiterseite gemachte Torheit chronistenpflichtig registriert wird. Die Gegenwart hat die Sünden der Vergangenheit zu büßen. Das radikalste Draufgänger-tum findet sich zumeist dort, wo ehemals die Gewerkschaften den größten Schwierigkeiten begegneten. Die ehemaligen Hochburgen der geistigen Trägheit, der kriecherischen Untermüßigkeit, sind heute die Hauptstätten des radikalen Treibens. Gestern gelb — heute rot — morgen vielleicht wieder gelb — so wechselt hier die Gesinnung. Vorerst haben vornehmlich die sozialdemokratischen Gewerkschaften die undantbare Aufgabe, sich mit den radikalisierten Massen herumzuschlagen. Schwer ist ihre Aufgabe in der Abwehr gegen all die Angriffe, die sie aus den eigenen Reihen heraus, aus den Reihen derer, die zumeist erst kurz zu ihnen zählen, zu bestehen haben.

Die Spaltung der politischen Sozialdemokratie, die Erkenntnis der Unmöglichkeit der Verwirklichung des sozialistischen Ideals in absehbarer Frist auf der einen

Seite, der Ruf nach der Diktatur des Proletariats und zur sofortigen Verwirklichung jenes Ideals auf der andern Seite, erschweren die gewerkschaftliche Arbeit ungemein. Der Kampf der beiden Gruppen wagt hin und her, und noch ist nicht absehbar, wer auf die Dauer die sozialdemokratische Gewerkschaftsbewegung in der Hand behält. Unter solchen Verhältnissen ist es recht wohl verständlich, wenn rechtssozialistische Führer der freien Gewerkschaften zur Sicherung ihrer Herrschaft zu Mitteln greifen, die mit einer ehrlichen Demokratie nicht vereinbar sind. In den Tagen des Kapp-Putsch konnte so nicht mit Unrecht der Gedanke aufkommen, die Gewerkschaften fühlten sich als die Diktatoren des ganzen öffentlichen Lebens.

Dogmatisch die Wogen der Zeitereignisse die christlichen Gewerkschaften nicht unberührt ließen, so bleibt doch festzustellen, daß sie

ihren Grundsätze trenn blieben

und ihre innere Geschlossenheit keinen Schaden erlitt. Mitglied einer christlichen Gewerkschaft wird immer im wesentlichen nur werden, wer mit seiner ganzen Auffassung nach dorthin neigt. Eine bestimmte Ueberzeugung und ein gewisser Mut, diese Ueberzeugung auch dann zu bekennen, wenn die Zeitströmung in andern Bahnen verläuft, sind für jeden christlichen Gewerkschaftler erforderlich. Darin besteht die Stärke unserer Bewegung und ihr Einfluß, der ohne Zweifel oftmals erheblicher ist, wie er der Mitgliederzahl entsprechen würde. So sind die christlichen Gewerkschaften selbst ein sprechender Beweis für die Richtigkeit ihrer Auffassung, daß Geist und Gesinnung im Kampf um die Beherrschung des Stofflichen der Vorrang gebührt.

Insamlich steht die christliche Gewerkschaftsbewegung von allen Gewerkschaftsrichtungen Deutschlands am gefestigtesten da.

Die Uebereinstimmung in der Auffassung ihrer Mitglieder verhilft, daß die Bewegung zum Kampfplatz politischer Gegensätze wurde. Einmütigkeit herrscht in allen großen Fragen. Auch in jenen, die nur unmittelbar mit den gewerkschaftlichen Aufgaben in Berührung stehen. Die rationale Einstellung der christlichen Gewerkschaften führte sie zu schärfster Verteidigung der Reichseinheit. Die demokratische Auffassung ließ sie den Boden der Verfassung schützen, als diese durch Kapp und Konradsen bedroht war. Die christlich-soziale Gesinnung ließ sie das jegliche Volkssolidarität vermissende Treiben weiter Arbeiterschichten verurteilen und auch den Arbeitgebern Gerechtigkeit widerfahren zu lassen, die in der Arbeitsgemeinschaft zur praktischen Anerkennung der Gleichberechtigung der Arbeiter und zur Verwirklichung des Wirtschaftslebens bereit sind. Das ehrliche Bemühen der christlichen Gewerkschaftsbewegung, der Sache der Arbeiter zu dienen, ließ sie mit den andern Gewerkschaftsrichtungen Hand in Hand arbeiten,

wo dies nur unter Wahrung eigener Grundsätze geschehen konnte.

Beim Wiederaufbau der Weltwirtschaft ist Deutschland mit seinen qualifizierten Volksträften unentbehrlich. Daß Deutschland zum Untergang bestimmt ist, daran mag man in der christlichen Gewerkschaftsbewegung nicht glauben. In Trübsal und Not wird unser Volk die moralischen Kräfte wiederfinden, die ihm in den Tagen des äußeren Glanzes abhanden kamen. Darin liegt unsere Hoffnung. Mögen auch noch trübere Tage kommen, als wir sie bereits durchlebten — alles spricht dafür, daß wir davon nicht verschont bleiben — ein neues, ein besseres Deutschland muß und wird entstehen. In dieser Auffassung haben die christlichen Gewerkschaften 1919 gewirkt, in diesem Glauben haben sie die Kraft gefunden, an der deutschen Arbeiterschaft und an der deutschen Volks nicht zu verzweifeln.

Unsere Kartoffelversorgung.

Einige Zeitungen berichten in der letzten Zeit über die Kartoffelversorgung unter der ständigen Ueberschrift "vom Kartoffelkrieg". Das Wort hat eine gewisse Berechtigung. Produzenten, Handel und Konsumenten führen zur Zeit tatsächlich Krieg. Die Produzenten wollen hohe Preise und halten zum Teil mit der Abgabe von Kartoffeln zurück. Die Händler verlangen völlig freie Wirtschaft und schieben allein der Regierung die Verantwortung für bestehende Mängel und Mißstände zu; die Konsumenten drohen mit Streiks, veranstalten Umzüge, Eisenbahner halten bereits verladene Wagen zurück und verlangen, daß sie zunächst genügend mit Kartoffeln versorgt werden. Einseitige Preise in allen Lagern sehen ein, daß man auf diesem Wege nicht weiter kommt. Das Ministerium für Ernährung und Landwirtschaft lud deshalb zum 28. Sept. zu einer Besprechung der Frage der Kartoffelversorgung Vertreter der Landwirtschaft, Vertreter der Kommunalverbände, des Handels und der Gewerkschaften einschließlich der Eisenbahner ein. Staatssekretär Dr. Huber gab einen Ueberblick über den gegenwärtigen Stand der Kartoffelversorgung. Im Anschluß daran fand eine eingehende Aussprache statt. Die Vertreter der Gewerkschaften forderten eine Herabsetzung des Kartoffelpreises (der Preis wurde bereits im Frühjahr auf 25.— pro Zentner und 2.— Zuschlag für den Abschlag von Lieferungsverträgen festgesetzt).

Die Landwirte beriefen sich darauf, daß der genannte Preis von der Regierung seiner Zeit zugestanden worden sei; sie hätten im Hinblick auf die verhältnismäßig hohen Preise reichlich Kartoffeln angebaut und ihre ganze Wirtschaft auf diese Preise eingestellt. Eine Reduzierung dieser Preise bedeute Vertragsbruch. Unter diesen Umständen blieb nur eine Verständigung zwischen Erzeugern und Verbrauchern übrig. Nach längerer Aussprache wurde eine Unterkommision eingesetzt, in der alle Gruppen vertreten waren, unter Berücksichtigung der in der allgemeinen Debatte gewonnenen Ergebnisse wurden folgende Richtlinien für die Kartoffelversorgung einstimmig aufgestellt:

1. Im freien Verkehr soll ein Erzeugerpreis von 25.— Mark pro Zentner für Herbstkartoffeln nicht überschritten werden. Wo es die Kosten der örtlichen Produktion gestatten, soll angestrebt werden, den Preis unter diese Grenze zu senken.

2. Es sollen durch das Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft die maßgebenden Stellen veranlaßt werden, unverzüglich für einzelne Produktionsgebiete Verhandlungen zwischen Erzeugern und Verbraucherorganisationen herbeizuführen, um eine Versorgung der Bevölkerung auf der in Ziffer 1 angegebenen Grundlage sicherzustellen. Dabei muß der unzureichende Zwischenhandel zwischen Verbraucher und Erzeuger ausgeschaltet werden. Der Handel wird sich mit einer sehr geringen Gewinnspanne begnügen.

3. Bei den Verhandlungen ist zugleich anzustreben, daß von Lieferungsorganisationen die Lieferung bestimmter Mengen zu dem örtlich zu vereinbarenden Preise vertragsmäßig übernommen wird.

4. Die auf Grund der Verordnung vom 21. Mai abgeschlossenen Lieferungsverträge bleiben in Kraft.

Die Gewerkschaftsvertreter gingen in ihren Forderungen allerdings bedeutend weiter; sie stimmten aber diesen Vereinbarungen ebenfalls zu im Hinblick auf die unbedingte Notwendigkeit einer Einigung zwischen beiden Parteien. Wenn die landwirtschaftlichen Organisationen es erreichen, daß die Landwirte diese Vereinbarungen nicht nur für papierene Vereinbarungen betrachten, sondern daß auch danach gehandelt wird, dann dürfte die Versorgung der Bevölkerung mit Kartoffeln, unter Ausschaltung von Wucherpreisen, möglich sein. Es wird aber auch an den Konsumenten liegen, nicht durch Angstkäufe dem Handel und der Landwirtschaft Anlaß zur weiteren Preiserhöhung zu geben. In verschiedenen Gegenden hat sich die Landwirtschaft bereit erklärt, Kartoffeln bereits zu 20.— Mk. und noch darunter an die minderbemittelte Bevölkerung abzugeben. Mögen diesem Beispiel recht viele Landwirte folgen.

Etwas von den Voraussetzungen zur Gewerkschaftsdemokratie.

Demokratie! Wer kennt dieses Wort nicht, schon hundertmal hat es ein jeder gehört in Versammlungen und gelesen in der Presse. Parteien führten erbitterte Kämpfe, um die demokratische Staatsform zu erringen. Vielen Menschen galt es als Ziel ihres Strebens, als ein Ideal, für das sie Opfer zu bringen bereit waren.

Heute, im neuen Deutschland ist die Demokratie als Grundlage des Staates, wenigstens vorläufig, zu betrachten. Wenn sie in der Praxis noch nicht überall zur Geltung kommt, so liegt das wohl daran, daß man der Masse unseres Volkes zu viel von Demokratie geredet, dabei aber vergessen hat, den Sinn der Demokratie klarzulegen. Viele haben noch nicht die richtige Auffassung von dem Begriff Demokratie. Noch nicht klar ist sich der größte Teil unseres Volkes geworden über die Voraussetzungen, die zur Demokratie führen. Nicht zu wundern braucht man sich daher über die verschiedenartige Wertung der Demokratie. Aber kann man die Demokratie richtig werten, wenn man die Voraussetzungen derselben nicht kennt?

Wer sich über das Wort Demokratie klar werden will, der nehme am besten als Muster die christliche Gewerkschaftsbewegung. An sie kann man den Wertmesser ansetzen, weil sie immer das Schild der Demokratie reingehalten und praktisch die Demokratie geübt hat. Voraussetzung zur richtigen Wertung der Gewerkschaftsdemokratie ist jedoch, daß der komplizierte und feingliedrige Organismus der Demokratie beobachtet und verfolgt wird bis in seine kleinsten Teile hinein.

Einem Fernstehenden der Gewerkschaftsbewegung wird wohl manchmal der Gedanke aufgetaucht sein, wie es möglich sei, solche gewaltigen Massen zusammenzuhalten, ohne Gewaltmittel. Keine Verpflichtung besteht, keine Staatsgeetze sind vorhanden, die den Einzelnen zwingen, sich der Bewegung anzuschließen und unterzuordnen.

Und doch beruht gerade darin, obwohl auch noch materielle und ideale Gründe mitspielen, die Stärke und der Fortbestand einer Bewegung. Erst dadurch, daß unser Berufsverband auf das Prinzip der Demokratie aufgebaut wurde, wurde die Möglichkeit geschaffen, all die gewaltigen Hindernisse, die sich im Laufe der Entwicklung unserer Bewegung entgegenstellten, zu überwinden.

Vertrauen gegen Vertrauen, das ist der notwendigste Grundsatz einer Gewerkschaftsdemokratie. Im Vertrauen zueinander wird geschafft und nur dadurch, daß Führer und Mitglieder sich gegenseitig vertrauen, wird die Fähigkeit geschaffen, das Erprobteste für die Bewegung zu leisten. Das Vertrauen wurzelt aber wieder in der Person des Einzelnen, der sich freiwillig den zur Führung der Bewegung notwendigen Zuständen unterordnet.

Zentral- und Bezirksleitung sind auf demokratischer Grundlage gewählt, stellen also selbstgewollte Autoritäten dar. Demokratie ist also nicht Freiheit des Einzelnen, verlangt vielmehr Unterordnung und Vertrauen,

verlangt sogar neben der Uebernahme der Rechte auch Uebernahme der Pflichten.

Die Zentralleitung macht die Rechte, die ihr von der Mitgliedschaft übertragen worden sind, im Interesse ihrer Mitglieder geltend, übernimmt aber auch zu gleicher Zeit die Verpflichtungen, die ihr gegenüber den Mitgliedern und der Allgemeinheit obliegen.

Und auf der anderen Seite sind die Zwischenglieder (Bezirksleiter, Lokalbeamte) bis hinab zum Mitglied vom selben Geiste beseelt. Auch sie haben Rechte und Pflichten gegenüber der Zentralleitung und dem Volksganzen.

So arbeitet alles Hand in Hand und nur dadurch, daß unsere Bewegung auf den Grundsätzen der Demokratie aufgebaut ist, erhält sie die innere Kraft und die Befähigung, ihre Aufgaben zu lösen.

Das ist wahre Demokratie und möge jeder Gewerkschaftler dazu beitragen, daß sie auch noch weiter gehegt und gepflegt wird, sonst ist unsere Zukunftsbewegung dahin. Versallen wir nicht in den Fehler der sozialistischen Gewerkschaftsbewegung, die an der unrichtigen Demokratie krankt. Betrachten wir doch die Dinge im Lager der freien Gewerkschaften etwas näher. Sind die Spaltungen in alle möglichen wirtschaftlichen Organisationen nur wegen Meinungsverschiedenheiten über die Idee, das Programm, gekommen? Nein, des Rätsels Lösung finden wir letzten Endes darin, daß die Massen den Führern nicht mehr trauen. Die Massen scheuten und setzen ihre Führer ab, weil sie ihnen kein Vertrauen mehr schenken. Die Führer haben aber auch sehr oft das Vertrauen ihrer Mitglieder mißbraucht, haben durch ihren Radikalismus das Mißtrauen der Massen wachgerufen und großgezüchtet. Das machte die Massen der freien Gewerkschaften irre, und sie gingen dazu über, eigne Organisationen zu gründen, diejenigen aber, die ihr Vertrauen verloren hatten, mußten gehen.

Darin ruht die Schwäche der freien Gewerkschaftsbewegung, daß Masse und Führer sich nicht trauen, daß keiner sich freiwillig unterordnen will. Und der Untergang der sozialistischen Gewerkschaftsbewegung wird es sein, wenn sie nicht bald die Massen zur wahren Demokratie erzieht.

Wir aber wollen als christliche Gewerkschaftler auf den bewährten Wegen weiter marschieren, damit wir in der Zukunft noch mehr Stoßkraft erhalten und unsere Bewegung einstens Mehrheitsbewegung wird. Vergessen wollen wir aber auch in der Zukunft nicht, daß eine Bewegung nur dann sich durchsetzen kann, wenn nicht nur die Masse vorhanden, sondern die Masse auch vom rechten demokratischen Gewerkschaftsgeist voll und ganz beseelt ist. Dem deutschen Volke wollen wir den richtigen Weg zur Demokratie zeigen. Ein Volk wie das deutsche darf und kann nicht untergehen. Es gibt sich aber selbst auf, wenn es nicht die Gehege, die es sich selbst gegeben, befolgt und inne hält. An uns liegt es, führen wir es zur wahren und lichten Demokratie.

K. D.

Grundgedanken für die Bildung von Arbeiterinnenkommissionen.

Von Christine Hölzgens.

I. Bebel hat einmal gesagt: die Sozialdemokratie lebe von den Fehlern ihrer Gegner. Und es scheint, er hat richtig gesprochen. Nicht allein in Bezug auf sein Geschlecht, sondern auch auf das weibliche Element in den Reihen der Sozialdemokratie. Gerade auf Seiten der sozialdemokratischen Frauenwelt ruht man ganz besonders die Schwächen und Fehler der Männer aus, um selbst voran zu kommen. Denn wenn wir uns einmal die Agitation genau betrachten, werden wir finden, wie wenig objektiv und wie wenig sachlicher Mittel man sich dort bedient. Und so ist es leicht erklärlich, wie man Ungeheilten, und wenig Wissenden, mit Fehreden und fanatischen Sticheleien beikommt und einreisen kann.

Die Jolle mehren sich ja täglich, wie man junge unerfahrene Kolleginnen, aber auch selbst älteren das Blau vom Himmel herunterredet und sie auf fauldicke Lügen hereinfallen. Unter Umständen ist es auch so, daß der Charakter eine große Rolle spielt und man nicht die nötige Nacktheit besitzt, auf den Beim hereinzufallen und dann seine Ueberzeugung wechselt wie ein Hemd. Ist es denn überhaupt Ueberzeugung gewesen? Nein, es war nur ein schwankendes Rohr, welches sich von jedem Winde treiben ließ.

Viele schwankende Rohre gibt es im menschlichen Leben, viele auch in der Gewerkschaftsbewegung. Es mag sein, daß der Geist der Zeit manchen angestodt hat, der in seinem Innersten doch ein ganz anderer Mensch ist, wenn man ihn nur richtig zu nehmen weiß. Und mancher sieht die Verhältnisse noch nicht klar, man muß seinen Nebel, der vor seinen Augen schwebt, zerreißen. Nicht allein bei vielen Kolleginnen ist der rechte gewerkschaftliche Geist, die ehrlichste, tiefste Ueberzeugung noch nicht gefestigt. Es liegt nicht allein am Willen der Einzelnen, vielmehr in den Verhältnissen begründet.

Wir könnten die Dinge nicht so schnell umleiten wie es wünschenswert gewesen wäre, aber langsam könnten wir doch den Dingen eine andere Richtung geben. Gerade in Bezug auf unsere Arbeiterinnen könnten da die

Arbeiterinnenkommissionen

einen guten, vorbildlichen Weg gehen. Wir wissen, wie viele unserer Kolleginnen in der Arbeit für unsere christliche Bewegung tätig sind, sei es als Vertrauensperson, als Kassiererin, ja sogar als Vorsitzende einer Ortsgruppe. Wir wissen, daß es die Besten sind, die in stiller, aber dornenvoller Mühe für unsere Sache arbeiten. Es sind die, von denen selten nur ein Zeichen zu uns dringt, die sich niemals vorbringen, niemals genannt sein wollen. Das sind noch treudeutsche

Naturen, mit echten Frauentugenden Besessene. Dies sind es auch unsere ältesten Mitglieder. Es sind die, die Not und Elend ihres Standes vor Jahrzehnten schon Hilfe suchen ließ und die an der Hebung ihrer ganzen Lage selbst tatkräftig mitarbeiteten, sich zusammenschlossen zu einem Verband, nicht allein die wirtschaftliche Besserstellung zu erwirken, sondern auch die geistige, die sie verlangten auf Grund des Rechtes, welches wir aus den Lehren des Christentums herleiteten, stand vor ihren Augen. Idealtüchtig und optimistisch standen sie jahrelang im Kampfe mit den Verhältnissen, mit dem Unternehmertum. Drei ihrem Innersten haben sie sich wieder gehalten. Jahrzehnte sind darüber ins Land gegangen, Jahrzehnte, die uns allen Lehrmeister waren.

Nicht allein vor den Trümmern mancher Hoffnungen, nein, auch vor einer völligen Umwandlung der Begriffe stehen wir heute. So ist es nicht wunderbar, wenn viele in der gewerkschaftlichen Organisation nur eine Vertretung ihrer wirtschaftlichen Interessen sehen. Sie ist es nicht allein, und soll es allein nicht sein. Und darum müssen wir zurück zu unsern alten Gewerkschaftsgrundgedanken:

Schulung in Bezug auf unsere christliche Bewegung, Weiterbildung, um unserer heute doppelt schwierigen Stellung im Volksleben gerecht zu werden, Erziehung, um das gestellte Recht auf bessere Wertung als Mensch auch behaupten zu können.

Diese drei Programmpunkte vereinigen uns und lassen uns, wenn wir den Willen, sie lebendig in uns zu verkörpern tragen, auch die wirtschaftliche Vertretung ganz selbstverständlich offen. Das ist ja heute, wir wissen es, der Hauptgedanke: wie kommen wir mit unsern Löhnen zurecht. Wir werden, gerade für die wirtschaftliche Sicherstellung, alles für unsere Kollegen und Kolleginnen tun, wichtig aber ist auch, besonders in der Jetztzeit, die Kulturgedanken unserer Bewegung in unseren Reihen neu zu wecken und zu fördern.

Wie wir es mit Hilfe der Arbeiterinnenkommissionen, ganz besonders bei den Kolleginnen, tun wollen, wollen wir im nächsten Artikel besprechen.

Allgemeine Rundschau.

Nach einem Jahre.

In frischer Erinnerung sind noch die von „revolutionärer“ Begeisterung durchglühten Reden Dismanns, des jetzigen Vorsitzenden des Metallarbeiterverbandes, die er auf den Nürnberger und Stuttgarter Kongressen des vorigen Jahres zur Freude aller Radikaler hielt. Heute, da er auf verantwortungsvollem Posten steht, hat er eingesehen, daß auch der ungestümste Stürmer nur mit Wasser lachen kann. Neulich hielt er in einer Metallarbeiterversammlung Dresdens ein großes Referat über die derzeitige wirtschaftliche Krise und ihre Lösung. Dem Bericht eines Dresdener sozialdemokratischen Blattes entnehmen wir darüber folgendes:

In zweifelhafte Rede ging Dismann auf viele Einzelheiten ein, die der Zeitungsleser kennt. Als er endlich darauf zu sprechen kam, wie aus dem ganzen Elend herauszukommen sei, da klang es diesmal ganz anders wie einst. Heute konnte der Redner keine anderen Mittel anraten als die, die von der alten Sozialdemokratie immer empfohlen sind: Die Arbeiterschaft soll sich durch planlose Pfuschereien und Putzereien nicht das Heft aus der Hand nehmen lassen; die Wirren müssen aufhören; man muß den Mut haben, gegen den Strom der Unaufgeklärten zu schwimmen; der Gossentou und die Beschimpfungen in den Debatten, das gegenseitige Zerfleischen muß aufhören; den bloßen Maulmachern müssen die Wege gewiesen werden. Wir haben weder von Osten noch von Westen Hilfe zu erwarten, der deutsche Arbeiter muß sich selbst helfen; der französische Arbeiter hat nicht die Kraft, dem dortigen Kapitalismus entgegenzutreten; der Versailler Gewaltfrieden muß verschwinden. Nicht durch Weltrevolution und Diktatur können wir aufbauen; wir sind abhängig von den ökonomischen Verhältnissen. Politische Arbeiterräte machen Unfug; eine Utopie ist es, mit politischer Macht die Verhältnisse kommandieren zu wollen; die wirtschaftlichen Räte sind ein Mittel zur endlichen Sozialisierung. Man hat sich früher zu wenig mit dem Übergang zum Sozialismus beschäftigt. Es muß ein geistiger Umstellungsprozeß eintreten. Die Amsterdamer Gewerkschaftszentrale als „gelb“ zu bezeichnen, wie die Russen es tun, ist eine Verleumdung. Kein Anschluß an Moskau!

So redet heute ein Dismann, der jeden, der vor einem Jahre dieselben Worte gebrauchte, einen Verräter schimpfte. Merkt die Arbeiterschaft nun bald, wer sie verraten und unglücklich gemacht hat? Nicht etwa wir, sondern der sozialdemokratische Berliner „Vorwärts“ richtet diese Frage an seine Leser.

Kreditgewährung an die Industrie.

Im Reichswirtschaftsministerium wird der Gedanke erwogen, das Problem der Linderung der Arbeitslosigkeit mit dem der Beschaffung von Mitteln für kapitalbedürftige industrielle Unternehmungen zu verbinden. Während die Erwerbslosenunterstützung öffentliche Gelder unproduktiv in Anspruch nimmt, findet die Industrie vielfach nicht die Mittel, die produktiv angelegt werden können. Eine zentralisierte Kreditbeschaffung könnte die Gelder den großen Summen für die Erwerbslosenfürsorge entnehmen. Auch kommt der Erlös aus der Liquidation der Kriegsgesellschaften hierfür in Betracht; allerdings beabsichtigt der Finanzminister, hierbei noch diesen Erlös einfach als Aktivposten in seine Bilanz einzustellen. Die Kreditgewährung für die Industrie würde

nach dem Plan des Reichswirtschaftsministers die bestehende Girozentrale übernehmen, der das Reich Garantie leisten müßte. Das Projekt befindet sich indessen noch in den Anfängen und ein Gesetzentwurf liegt nicht vor.

Weitere Maßnahmen zur Behebung der Arbeitslosigkeit.

Wie aus dem Reichsarbeitsministerium mitgeteilt wird, sind umfangreiche Maßnahmen im Gange, um Arbeitsgelegenheit für die Erwerbslosen zu beschaffen. Das Ministerium steht mit den anderen in Frage kommenden Reichsministerien, insbesondere mit dem Reichsverkehrsministerium, schon seit längerer Zeit in Verhandlungen, weil eine große Zahl von Unternehmungen, wie Bahnbauten, Kanalbauten usw. noch über das bisher vorgesehene Maß hinaus als Notstandsarbeiten des Reiches unverzüglich in Angriff genommen werden sollen. Diese Verhandlungen ebenso wie Verhandlungen mit dem preussischen Landwirtschaftsministerium, die zur Aufnahme umfangreicher Meliorationsarbeiten dienen sollen, stehen vor ihrem Abschluß. Neben diesen Notstandsarbeiten laufen die zahlreichen Notstandsarbeiten der Länder und Gemeinden, die schon bisher mit Mitteln der produktiven Erwerbslosenfürsorge gefördert worden sind.

Für unsere Arbeiter- und Betriebsräte.

Zum Gesetzentwurf einer Schlichtungsordnung.

Das Reichsarbeitsministerium hat im März dieses Jahres einen von Referenten des Ministeriums ausgearbeiteten vorläufigen Entwurf einer Schlichtungsordnung den obersten Reichsbehörden und den Regierungen der Länder sowie den beteiligten Verbänden der Arbeitgeber und Arbeitnehmer vorgelegt. Dieser Entwurf ist im April mit Vertretern der Reichsministerien und der Regierungen der Länder, mit Devisenbildungskommissionen und Vorsitzenden von Schlichtungsausschüssen sowie mit den zentralen Arbeitsgemeinschaften und den Spitzenverbänden der Arbeitgeber und der Arbeitnehmer besprochen worden. Bei der Besprechung des Entwurfes mit den beteiligten Verbänden war angeregt worden, zur eingehenden Durchberatung des Entwurfes eine aus achtzehn Mitgliedern bestehende, gleichmäßig aus Vertretern der Arbeitgeber und der Arbeitnehmer zusammengesetzte Kommission einzusetzen. Die Kommission hat inzwischen die Beratung des Entwurfes begonnen. Die erste Sitzung, die am 6. September stattgefunden hat, wurde durch den Reichsarbeitsminister Dr. Brauns eröffnet. Die Arbeiten der Kommission, denen der vom Reichsarbeitsministerium im Mai dieses Jahres gedruckt veröffentlichte Referentenentwurf als Grundlage dient, nehmen guten Fortgang, so daß sie voraussichtlich in Kürze abgeschlossen werden können. Hierzu tragen die wertvollen Vorarbeiten des sozialpolitischen Ausschusses der Zentralarbeitsgemeinschaft gewerblicher und industrieller Arbeitgeber und Arbeitnehmer wesentlich bei, der eine Reihe von Richtlinien für die Neuregelung des Schlichtungswesens aufgestellt hat. Es darf hiernach angenommen werden, daß der endgültige Gesetzentwurf noch vor Ende des Jahres von der Reichsregierung den gesetzgebenden Körperschaften zur Beschlussfassung vorgelegt werden kann.

Ungeklärter Zwang zum Streik.

In einer Textilwarenfabrik in Reichenbach gehörte ein Teil der Arbeiter dem Deutschen (sozialdemokratischen) Textilarbeiterverband an, während die Mehrzahl sich einer christlichen Organisation angeschlossen hatte. Die sozialdemokratischen Verbandsmitglieder stellten am 21. Mai 1919 die Arbeit ein, während die übrigen Arbeiter weiter arbeiten wollten. Erstere versuchten nun, die anderen Arbeiter durch Herunterreißen der Treibriemen von den Webstühlen zur Arbeitseinstellung zu zwingen. Die Riemen wurden aber wieder aufgelegt, doch rissen die Freiorganisierten die Riemen abermals herunter und brachten die Webstühle zum Stillstand. Das Landgericht Schweidnitz hatte die hierbei tätig gewesenenen Angeklagten der Nötigung nicht für schuldig erklärt, da sie ihre Arbeitsgenossen nicht durch Gewalt zu einer Handlung oder Unterlassung genötigt, vielmehr die Gewalt nur gegen Sachen, die Treibriemen und Webstühle geübt hätten. Ebenso wurde ein Angeklagter von der gleichen Anklage freigesprochen, der eine Arbeiterin durch Festhalten am Arme an dem Betreten der Fabrik zu hindern versucht hatte. Durch das Dazwischentreten des Direktors war der Angeklagte an der Ausübung seines Vorkabens verhindert worden. In diesem Falle hat das Landgericht in dem Unpacten am Arm eine Gewaltanwendung nicht erblickt, sondern höchstens einen körperlichen Zwang darin gesehen, der sich nur als vorbereitende Handlung charakterisiere und nicht strafbar erscheine. Auf die Revision der Staatsanwaltschaft hob das Reichsgericht das Urteil gegen vier Angeklagte auf und verwies die Sache in diesem Umfange an das Landgericht zurück. Verkannt worden sei vom Landgericht, daß auch eine mittelbare Gewaltanwendung gegen Personen die Anwendung des § 240 rechtfertigt. Ebenso sei zu Unrecht in dem Unpacten am Arme eine Gewaltanwendung nicht erblickt worden.

Kein Einspruchrecht des Obmanns.

Es sind wiederholt Zweifel entstanden, ob dem Betriebsobmann oder dem einzelnen Arbeitnehmer in Betrieben mit weniger als 20 Arbeitnehmern, wo bekanntlich kein Arbeiter- oder Angestelltenrat nach dem Betriebsrätegesetz vorgeesehen ist, das Recht zusteht, den Schlichtungsausschuss anzurufen, wenn ein Mitglied dieses Betriebes

gegen seine Entlassung Einspruch erhebt. Der Reichsarbeitsminister hat hierauf folgende Auskunft erteilt: „In Fällen, in denen keine Arbeiter- oder Angestelltenräte vorhanden sind, können der Obmann oder mangels eines solchen die Arbeitnehmererschaft den Schlichtungsausschuss nur auf Grund des § 20 der Verordnung vom 23. Dezember 1918, also wenn die Kündigung zum Anlaß einer (allgemeinen) Arbeitslosigkeit geworden ist, zur Vermittlung, nicht zur verbindlichen Entscheidung anrufen. Die Rechte aus § 81 ff. haben nur der Betriebsrat, Arbeiter- oder Angestelltenrat. Weitergehende Anträge sind in der Nationalversammlung abgelehnt worden.“

Aus unserer Industrie.

Die Lage des deutschen Webstoffgewerbes

Ist in den verschiedenen Zweigen wiederum verschieden zu beurteilen. In der Wirkwarenindustrie ist der Geschäftsgang, soweit bestimmte Artikel in Betracht kommen, etwas gebessert, im ganzen aber noch ungünstig. In der Hauptsache sind es die Zwischenhändler, welche größere Umsätze erzielen konnten, während die Fabrikanten mehr oder weniger mit Beschränkung zu arbeiten gezwungen sind. Etwas mehr Nachfrage herrscht für wollene und halbwoollene Gewebe, doch sind auch hierfür die Umsätze infolge der hohen Verkaufspreise noch beschränkt. In baumwollenen und ähnlichen Artikeln sollen wiederum die Zwischenhändler, allerdings bei billigeren Preisen, größere Umsätze erzielt haben. Die allgemeine Lage in der Baumwoll-, Leinen- und Juteindustrie bleibt aber unverändert.

Auswanderung deutscher Textilarbeiter nach Rußland.

Besonders in Sachsen ist in der letzten Zeit bei größeren Mengen von Textilarbeitern zu beobachten, daß solche den Wunsch haben, nach Rußland auszuwandern. Wenn auch die Korporationen des Handels und der Industrie selbst keine Bedenken gegen diese Auswanderung haben, so wird doch andererseits von Kennern Rußlands darauf hingewiesen, daß im Augenblicke die Aussichten für Textilarbeiter in Rußland keine günstigen seien.

Englische Furcht vor dem deutschen Wettbewerb.

Die englische Tuchhändlerzeitung „Drapers Organiser“ schreibt in ihrer letzten Nummer über die Gefahr, die der englischen Wirkwarenbranche von der deutschen Konkurrenz droht: „Wie man aus dem vom Präsidenten der Handelskammer an das Board of Trade gerichteten Brief ersehen kann, empfinden die Midlandunternehmer die Preise der konkurrierenden deutschen Wirkwaren als ein ernstes Hindernis. Sie sehen sich nicht in der Lage, in gewissen Branchen, die die Deutschen sich besonders zu eigen gemacht haben, zu konkurrieren. Die jetzt aus Deutschland ankommenden Mengen sind sehr groß und die Waren zum Teil ohne Ursprungszeichen. Sie werden in einigen Fällen durch Fabriken mit 50% größerer Arbeitszeit pro Tag und mit niedrigeren Löhnen als denen der britischen Arbeiter hergestellt.“ Unter diesen Umständen sind Vorschläge an das Board of Trade gemacht worden, und es wird gefordert, entweder daß die deutschen Waren klar mit ihrem Ursprungszeichen versehen, oder daß die Mengen, die eingeführt werden dürfen, auf ein absolut notwendiges Maß beschränkt werden.“

Aus unserer Bewegung.

Von unserer schlesischen Bezirkskonferenz.

Am 2. Oktober, nachmittags 4 Uhr eröffnete Kollege Jungnickel die ordentliche Bezirkskonferenz für den Bezirk Schlesien mit Worten herzlichster Begrüßung an die aus allen Teilen Schlesiens erschienenen Delegierten und hieß ganz besonders unseren Vorsitzenden, Kollegen Otte, willkommen, der die „kalte Heimat“, wie sie der Nichtschlesier nennt, kennen lernen wollte.

Nach Erledigung des Geschäftlichen sprach Kollege Otte über die allgemeine wirtschaftliche und gewerkschaftliche Lage. Durch seine trefflichen Ausführungen schuf Redner eine Grundlage für die Konferenz, auf der in den nächsten Stunden weitergearbeitet werden konnte. Besonders Interesse riefen die Ausführungen über die Bemühungen des Verbandes hinsichtlich der Erwerbslosenfürsorge und des Preisabbaues nach. Reichlich lobte den Redner und zeigte, wie sehr er den Anwesenden aus dem Herzen gesprochen hatte.

Nachdem Kollege Jungnickel namens der Anwesenden dem Verbandsvorsitzenden den Dank für seine guten Ausführungen ausgesprochen hatte, referierte Kollege Panter, Landesobmann, über den Aufbau und die Organisation der Betriebsräte. Anschließend entspann sich eine lebhafte Debatte über die beiden Vorträge, die bis 7 1/2 Uhr abends währte.

Am nächsten Tage begann um 9 Uhr morgens die Fortsetzung der Tagung und die Erschienenen nahmen den Geschäftsbericht des Kollegen Jungnickel entgegen. Der Bericht zeigte in der Mitgliederbewegung wie auch in finanzieller Hinsicht einen erfreulichen Aufschwung. Im Anschluß daran sprach der Bezirksleiter über unsere Aufgaben im kommenden Herbst und Winter. Die darauf folgende Diskussion war eine sehr rege und zeigte einerseits die Befriedigung der Delegierten über den Geschäftsbericht und gab auch manche Anregungen für die kommende Tätigkeit. Die Wünsche der Mitglieder hinsichtlich Verbesserung der wirtschaftlichen Lage kamen in der von den Delegierten einstimmig angenommenen Entschließung zum Ausdruck.

Entschließung.

„Die ordentliche Bezirkskonferenz des Zentralverbandes christlicher Textilarbeiter Deutschlands, Bezirk Schlesien, tagend am 2. und 3. Okt. 1920 in Reichenbach, erkennt die zeitig in Angriff genommenen und erfolgreich gewesenenen Maßnahmen des Verbandes auf dem Gebiete der Erwerbslosenfürsorge an.“

ungehindert helfen ist aber eine noch zuweilente Erwerbslosenfürsorge, besonders in einigen Bezirken, dringend notwendig.

Die Bezirkskonferenz hält des weiteren einen durchgreifenden Preisabbau für notwendig. Nicht Lohnabbau, sondern Preisabbau ist eine der dringlichsten und wichtigsten Gegenwartsaufgaben. Bei den gegenwärtigen wirtschaftlichen Verhältnissen ist eine noch erhebliche Verbesserung der Lohnverhältnisse dringend notwendig, wenn nicht durch einen starken Preisabbau eine bessere Kaufkraft des Geldes herbeigeführt wird. Dieser notwendige Preisabbau, der bereits im Frühjahr dieses Jahres von der Verbandsleitung in verschiedenen Eingaben an die Regierung gefordert worden ist, muß besonders von letzterer entschieden und nachdrücklicher in Angriff genommen werden. Besonders ist eine engere Verbindung zwischen Produzenten und Konsumenten durch Ausschaltung aller die Waren unnütz verteuernenden Zwischenglieder dringend notwendig. Des weiteren muß dem genossenschaftlichen Warenbezug eine größere Förderung zuteil werden.

Darauf wurden die Bezirksbeirats- und Bezirksleiterwahlen getätigt.

Die Beratungen der Konferenz fanden ihren Abschluß durch einen Vortrag des Kollegen Belda, Neustadt O.-S., über die „ideellen Werte der christlichen Gewerkschaftsbewegung“. Obwohl der vorgeschrittene Zeit wegen in stark gefährdeter Form vorgetragen, weckten seine Ausführungen Begeisterung und dürften den Willen zur Mitarbeit gestärkt haben. In seinem Schlusswort gab Kollege Otte seiner Verdringung über die offene und doch schlichte Aussprache Ausdruck und regte auch seinerseits zu allseitiger Mitarbeit an.

Mit dem Dank an die Konferenzteilnehmer und für die gute Vorbereitung des Kollegen Gottschling schloß Bezirksleiter Jungnickel die Konferenz. Während die übrigen Delegierten zum größten Teil abreisten, blieben die Delegierten des engeren Bezirks Reichsbach zur Besprechung der noch schwebenden Lohnverhandlungen beisammen.

Eine Lohnbewegung in Nordbayern.

Die Arbeiterschaft in der Textilindustrie in Nordbayern steht zur Zeit in einer Lohnbewegung. An einigen Orten, wie Bamberg, Hof, Bayreuth, Kulmbach, Erlangen usw. ist die Arbeiterschaft teils vollzählig, teils gespalten in den Streik eingetreten. Die Ursache dieses Aufstandes ist darin zu suchen, daß die Arbeiterschaft in der Textilindustrie Nordbayerns im Lohn bedeutend zurück steht gegenüber Südbayern. Um den Wiedergang der Lohn- und Tarifverhandlungen in Bayern (Süd und Nord) geschichtlich festzuhalten, soll zur Aufklärung folgendes gesagt werden:

Am 11. März 1919 wurde in Augsburg für Südbayern der erste Tarifvertrag mit den Arbeitgebern der Textilindustrie abgeschlossen. Beteiligt waren als Arbeiterverbände der Deutsche und Christliche Textilarbeiterverband. Am 8. April 1919 wurde sodann in Nürnberg mit den Arbeitgebern in der Textilindustrie in Nordbayern abgeschlossen, woran ebenfalls der Deutsche und der christliche Textilarbeiterverband beteiligt waren. Die beiden damals abgeschlossenen Tarife von Süd- und Nordbayern waren sowohl in ihren allgemeinen Bestimmungen als auch in den erzielten Stundenlöhnen vollständig gleich. Bald darauf kam dann die Bildung der Bezirksgruppen, wobei der große Fehler gemacht wurde, daß man Bayern in zwei Hälften teilte und eine Bezirksgruppe für Südbayern und eine Bezirksgruppe für Nordbayern bildete. In Nordbayern wurden wir auf Betreiben der Vertreter des Deutschen Textilarbeiterverbandes von der Arbeitsgemeinschaft ausgeschlossen und wurden von da ab niemals mehr zu Lohnverhandlungen zugelassen, wiederum nur auf Betreiben des Deutschen Textilarbeiterverbandes. Das Schlagwort der Führer des Deutschen Textilarbeiterverbandes — als ob sie ohne die christliche Organisation im Stande wären, für die Arbeiterschaft mehr herauszuholen — hat sich an dem Deutschen Textilarbeiterverband bitter gerächt. Bei den damals aufeinander folgenden Lohnbewegungen konnten unter Mitwirkung des christlichen Textilarbeiterverbandes in Südbayern bei allen Verhandlungen annehmbare Resultate erzielt werden. Dagegen steht fest, daß bei den Lohnverhandlungen in Nordbayern — die also der Deutsche Textilarbeiterverband mit den Arbeitgebern allein führte — immer größere Unterschiede der Löhne zwischen Süd- und Nordbayern hervortraten. Der Unterschied zwischen den Löhnen in Süd- und Nordbayern beträgt für Nordbayern pro Stunde bis zu 1,— M. weniger wie in Südbayern.

Daß unter diesen Umständen die Arbeiterschaft in Nordbayern eine berechtigte Erregung empfindet, das ist besonders mit Rücksicht auf die schwierigen Lebensverhältnisse sehr begreiflich. Am 24. September fanden in Würzburg (Ober-) neue Verhandlungen statt zwischen den Arbeitgebern d. Textilindustrie und dem Deutschen Textilarbeiterverband. Das Resultat dieser Verhandlungen ist folgendes:

Die in der Arbeitsgemeinschaft der Bezirksgruppe Nordbayern gepflogenen Verhandlungen haben zu keiner Einigung geführt.

Die Arbeitgeber haben unter Wegfall der jetzigen Feuerzulagen nachstehende Normalstundenlöhne angeboten und werden dieselben vom nächsten Sonntag ab zur Auszahlung bringen:

männlich	Ortsk.	Jugest.		Ortsk.	Ortsk.
		I.	II.		
14-16 Jahre	125	5	115	115	115
16-18 "	180	15	170	165	165
18-20 "	250	15	240	235	235
über 20 "	325	20	315	310	310
" 25 "	365	40	355	350	350
weiblich					
14-16 Jahre	95	5	85	80	80
16-18 "	125	5	115	110	110
18-20 "	185	10	175	170	170
über 20 "	240	20	230	225	225
" 25 "	260	20	250	245	245

Den tariflichen Aufzuschlägen werden die Normalstundenlöhne der über 20 Jahre alten Arbeiter bzw. Arbeiterinnen zu Grunde gelegt.

Heizer und Maschinisten erhalten 30 Pfg. über die Normalstundenlöhne, im übrigen halten sich die Arbeitgeber weiter an die Bestimmungen des Tarifvertrags vom 24. November 1919. Dieses Angebot der Arbeitgeber bleibt hinter dem Tarif in Südbayern, der schon im Mai d. J. in Kraft getreten ist, weit zurück. Die Arbeiterschaft in Nordbayern, welche jetzt schon seit Mai d. J. gegenüber dem südbayerischen Tarif ganz gewaltig im Nachteil ist, sollte also nach Meinung der Arbeitgeber auch weiterhin im Lohn geschädigt werden. Die Verhandlungen haben sich auch deshalb zerlegt. Man konnte an einzelnen Orten ein ganz eigenartiges Verhalten von Seiten des Deutschen Textilarbeiterverbandes beobachtet werden. In erster Linie wäre es doch nach gewerkschaftlichen Grundsätzen

notwendig gewesen, daß nach dem Scheitern der Verhandlungen ein Schlichtungsamt (Landeinigungsamt) usw. angerufen worden wäre. Anstatt dessen brach an den bereits genannten Orten plötzlich der Streik aus. In einem Betrieb ging alles heraus, in einem anderen nur die Spinner, in einem anderen nur die Weister — die aber auch im Deutschen Textilarbeiterverband organisiert sind. In Bamberg streikte die Arbeiterschaft vollzählig, die Weister dagegen durften mit Zustimmung des Streikbüros arbeiten, während die Nachtwächter von den Streikposten nicht in den Betrieb hinein gelassen wurden. In Erlangen wurde einige Tage gestreikt, der betr. Arbeitgeber machte dann ein kleines, kaum nennenswertes Zugeständnis, und die Arbeiterschaft nahm am Montag, den 4. Oktober, die Arbeit wieder auf. In Forchheim und vielen anderen Orten lehnte die Arbeiterschaft den Streik ab und begnügte sich mit dem Angebot von Würzburg, während in Bamberg, Hof usw. lustig weiter gestreikt wurde. In einer Fabrik in Nürnberg-Oberfranken, wo alles beim Deutschen Textilarbeiterverband organisiert ist, machte ein Teil der Arbeiter Streikbrecher aus Furcht, sie würden nicht wieder eingestellt.

Unsere Stellungnahme war gleich von vornherein die, wir erkannten die Forderung der Arbeiterschaft — auf Einführung des südbayerischen Tarifes auch in Nordbayern — als voll und ganz berechtigt an. Wenn wir auch das topische Vorgehen des „Deutschen“ Verbandes — als vom gewerkschaftlichen Grundsatz abweichend — mißbilligten, so haben wir dennoch dem „Deutschen“ Verband an keinem Orte irgend welche Schwierigkeiten bereitet.

Der Arbeitgeberverband meldete die Angelegenheit beim Landeinigungsamt an und stellte es diesem frei, in der Sache einzugreifen oder nicht. Das soziale Ministerium in München beauftragte aber das Landeinigungsamt in Nürnberg, Einigungsverhandlungen vorzubereiten und anzubahnen. Diese Verhandlungen fanden nun vor dem Landeinigungsamt in Nürnberg statt am Dienstag, den 5. Oktober 1920. Zu diesen Verhandlungen wurde auch unsere Verbandsvertretung hinzugezogen. Es wurde folgender Schiedspruch gefällt:

Arbeiten wir an uns selbst,

daß wir wahrhaft gebildet werden! Wahrhaftige Bildung siegt, herrscht, besitzt unwiderstehliche Gewalt. Man braucht weiter nichts dazu zu tun. Und wahrhafte Bildung erzieht, hebt, hat wunderbare, überwältigende, zur Gefolgschaft zwingende Macht. Sie wirkt durch das, was sie tut.

Aus „Souranten“.

1. Die zur Zeit im Bezirk Südbayern gezahlten Normalstundenlöhne einschließlich Zulagen der Ortsklasse I werden auf den Bezirk Nordbayern übernommen mit der Einschränkung, daß für die Altersklassen 14, 15, 16 und 17 ein Abstrich von je 10 Pfg. erfolgt.
 2. Für Berechnung der Normalstundenlöhne der II. und III. Lohnklasse für den Bezirk Nordbayern gelten die Bestimmungen des § 17 letzter Abtag des nordbayerischen Tarifes. (Derselbe lautet: Die Normalstundenlöhne sind in Ortsklasse II je 10 Pfg., in Ortsklasse III je 15 Pfg. niedriger als in Ortsklasse I.)
 3. Die Berechnung der Affordlöhne auf der Grundlage der neuen Lohnsätze erfolgt nach den hierfür geltenden Bestimmungen des nordbayerischen Tarifes.
 4. Heizer und Maschinisten, welche gelehrte Handwerker sind, sowie solche, die eine dreijährige Berufstätigkeit nachweisen können, sind nach den geltenden Sätzen für gelehrte Handwerker, Facharbeiter zu entschöpfen.
 5. Die neuen Lohnsätze sind ab 1. Oktober zu zahlen.
 6. Die Frage der Einführung des Dreistufensystems bleibt den beiden Parteien überlassen und wird der Eintritt in diesbezügliche Verhandlungen empfohlen.
- Dieser Schiedspruch wird, soweit Affordlöhne in Betracht kommen, fast durchweg den südbayerischen Tarif übertreffen. Nun kommt es darauf an: 1. Ob die Arbeitgeber diesem Schiedspruch ihre Zustimmung erteilen, 2. wenn das nicht der Fall ist, ob der Deutsche Textilarbeiterverband mit seinen Mitglieder Massen in Nordbayern den Mut und die Kraft besitzt, mit gewerkschaftlichen Mitteln den Schiedspruch zu erkämpfen?

Berichte aus den Ortsgruppen.

Emsdetten (Westf.) Aus unserer Arbeiterinnenbewegung. Nachdem am 27. Juli unsere Kollegin Fel. Höllgens von der Zentrale uns in einem wohlüberdachten und mit Begeisterung gesprochenen Vortrag, den Weg der Arbeit und des Boranstrabens nahe gelegt, haben die hiesigen Kolleginnen diese Parole aufgenommen und zur Tat werden lassen. Überall in den Betrieben rührt und regt es sich. Nach außen hin trat dieses durch unseren stark besuchten ersten Arbeiterinnenabend, den wir am 19. September hier abhielten, in Erscheinung. Die erste Vorsitzende, Kollegin Janzen, eröffnete denselben durch einige Worte des Willkommen und des Dankes an alle Anwesenden. Darauf folgte ein erster Vortrag des Gewerkschaftssekretärs Kollegen Schilling. Dieser schloß in kurzen Worten, wie notwendig die Mitarbeit der Kolleginnen in der Gewerkschaft sei. Darauf folgte der gemütliche Teil. Plattdeutsche Theaterstücke, Reigen und Gesang wechselten in bunter Reihenfolge. Der spontane Beifall zeigte, daß Spieler und Leitung gut vorbereitet hatten. Mit Recht konnte unsere Vorsitzende in ihrem Schlusswort auf den schönen und harmonischen Verlauf des ersten Arbeiterinnenabends hinweisen. Alle Anwesenden gaben durch ihren Beifall das Zeugnis, daß hier recht gearbeitet worden ist.

Glauchau. Von einer lehrreichen Mitgliederberausammlung. Unsere Ortsgruppe hielt am 4. Oktober, abends hier im christl. Vereinshaus eine Mitgliederberausammlung ab. Nach der üblichen Begrüßung gab zunächst der Vorsitzende einen kurzen Bericht über die, alle Seite interessierende Kartoffelfrage, aus welcher hervorging, daß wohl offiziell für unsere Kommunalbezirk ein niedriger Kartoffelpreis von 22,50 M. festgesetzt sei, nur fehle es noch an den Kartoffeln, die man dafür kaufen kann. Die Schwierigkeit liege in der Beschaffung und sei dadurch nicht behoben. Er versprach aber, alles zu tun, um möglichst bald Kartoffeln für unsere Mitglieder heranzuschaffen. Eine kurze Aussprache trug zur Klärung der Sache bei.

Vom Zentralsvorstand war Kollege Joh. Müller aus Erfeld antretend, welcher nun über: „Die jetzige wirtschaftliche und gewerkschaftliche Lage“ sprach. Der Vortragende ging von der Lage bei Beendigung des Krieges aus, zeigte die günstige Entwicklung unserer Verbände, auch im besetzten Gebiet, kam dann auf die jetzige wirtschaftliche Lage, auf den Befinnungsabgang und die Notwendigkeit einer Umkehr zu einem Christentum der Tat, sowie zu größerer Pflege des Genossenschaftswesens zu sprechen und forderte dann größere Schulung der Arbeiter, weil Wissen Macht bedeutet und zum Schluß treues Festhalten an unsere erprobten Ziele und Grundsätze, aber auch sonderlich an unsern Verband und rege Werbetätigkeit der Mitglieder. Der allseitig gependete Beifall und die folgende Aussprache bewiesen, daß der Vortrag Anklang gefunden hatte. Der Vorsitzende hat, das Gehörte auch in die Tat umzusetzen, damit es endlich möglich sei, daß sich jeder Arbeiter dem seiner Gesinnung entsprechenden Verbandsanschließen könne. Manch schönes und manch interessantes Wort wurde noch gesprochen, auch vom Kollegen Müller, sodaß der Abend gut ausgefallen wurde und sicher nicht ohne Wirkung bleiben wird und nur die armen Mitglieder etwas eingebüßt haben, die selbst bei kürzester Arbeitszeit noch keine Zeit haben, solche Versammlungen zu besuchen. Und solche armen Klagen dürfen natürlich auch in Glauchau nicht fehlen.

Lobberich. Praktische Maßnahmen zur Binderung der Not der Erwerbslosen. Im April ds. Js. setzte erneut ein schlechter Geschäftsgang ein. Im Bezirk Erfeld-Land gab es vor allem in der Sämt- und Sämtbandindustrie zahlreiche Arbeitslose. Die Fabrikantenschäfte, die in der Zeit noch die Vertretung der Arbeiterschaft inne hatten, wurden mehrere Male vorstellig, um Entlassungen zu verhindern. Ein Wendepunkt in dieser Sache brachte uns am 23. April ds. Js. eine von unserm Verband angeregte und beantragte Sitzung auf dem Rathaus. Das Ergebnis der Aussprache in dieser Sitzung, woran Arbeitgeber- und Arbeitnehmervertreter teilgenommen, war folgendes: Die Arbeitgeber lassen innerhalb vier bis fünf Wochen keine Arbeiter aufhören in ihren Betrieben. Alle Arbeiter, die ihr Werk abgewerbt haben, werden zunächst mit Notstandsarbeiten in den Betrieben beschäftigt. Während dieser Uebergangszeit, wofür das Provisorium geschaffen wurde, sollten von der Gemeindevverwaltung aus produktive Arbeitssmöglichkeiten eingerichtet werden. Dafür wurde ein Stundenlohn von drei Mark und außerdem eine Kinderbeihilfe festgesetzt. Die ganz erheblichen Kosten konnte aber die Gemeinde nicht allein tragen. Darum wurde das zuständige Ministerium dieserwegen persönlich in Anspruch genommen. Die Bemühungen waren von Erfolg. Die Krise hielt aber viel länger an, als wie man sich anfänglich gedacht hatte. Die finanzielle Belastung der Gemeinde stieg ins Ungeheure.

In einem wohlgegründeten Antrag an den Landrat von Kempen, der von unserm Verbandsvertreter ausgearbeitet und eingereicht worden war, wurde dieser um Einrichtung einer produktiven Erwerbslosenfürsorge innerhalb seines Kreises angegangen. Gleichzeitig war beantragt worden, den Hunderttag von 70 Prozent auf eine für die Kurzarbeiter günstigere Zahl zu ermäßigen. Die Anträge wurden noch von einer Vertretung unseres Verbandes beim Landrat mündlich begründet. Der Landrat gab sofort eine Zusage dahingehend, daß der Hunderttag von 70 auf 60 herabgesetzt würde. In Sachen der Zusage für produktive Erwerbslosenfürsorge wollte der Landrat zunächst mit dem Regierungspräsidenten sich ins Benehmen setzen. Da wir mehrere Wochen hindurch von dem Stande der Angelegenheit nichts mehr hörten, fuhr eine Vertretung unseres Verbandes kurzerhand zur Regierung nach Düsseldorf. Daraufhin fand schon zwei Tage später eine Besichtigung des Meliorationsgebietes an der Mies, der Schmal und der Netze durch eine Abordnung der Regierung statt. Im Anschluß an diese Besichtigung fand dann noch im Rathaus zu Lobberich eine Sitzung statt, die von Vertretern aller Interessenten besucht war. Beschlüsse wurde, zunächst eine Meliorierung der Netze in Angriff zu nehmen, sobald der Regierung die rechnerischen Unterlagen vorgelegt werden. Vorerst sollen die Arbeitslosen von Lobberich und Breyell beschäftigt werden. Die Meliorierung eines großen Geländes, wobei sämtliche Arbeitslose aus dem ganzen ländlichen Bezirk Arbeits- und Verdienstmöglichkeiten finden sollen, ist in Aussicht genommen. Der Stundenlohn von 5 M. wird bei dem ganzen Projekt in Anrechnung gesetzt.

Wir geben uns nun der Hoffnung hin, daß in verhältnismäßig kurzer Frist die Notstandsarbeiten in Angriff genommen werden können. An uns liegt es, mit dafür zu sorgen, daß die Bedenken der Regierung, die zum größten Teil darin bestanden: ob die Arbeiter auch wirklich gewillt seien, diese Notstandsarbeiten zu verrichten? daß diese Bedenken der Regierung behoben werden. Das wird zum Nutzen und Vorteil der Gesamtarbeiterschaft sein. Nicht zum mindesten wird es aber auch jenen Kollegen, die in der ganzen Sache tätig waren, ein Ansporn sein, auch weiterhin die Interessen der Arbeiter nicht nur allein in den Betrieben, was ja schließlich das Wichtigste noch ist, sondern auch ihre Interessen außerhalb der Betriebe ebenso nachdrücklich zu vertreten und zu wahren.

J. N., Lobberich.

Versammlungskalender.

Cottbus. 30. Oktober, 6 1/2 Uhr, im Lokale Königs Bierhaus, Monatsversammlung. — Am 16. Oktober, 5 1/2 Uhr, Stiftungsfest im Stadtpark.

Ober. 23. Oktober, 8 Uhr, im Lokale von Joh. Hermanns Quartalsversammlung.

Inhaltsverzeichnis.

Artikel: Ein Rückblick auf die Entwicklung der christlichen Gewerkschaften im Jahre 1919. — Unsere Kartoffelversorgung. — Etwas von den Voraussetzungen zur Gewerkschaftsdemokratie. — Grundgedanken für die Bildung von Arbeiterinnenkommissionen. — Allgemeine Rundschau: Nach einem Jahre. — Kreditgewährung an die Industrie. — Weitere Maßnahmen zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit. — Für unsere Arbeiter- und Betriebsräte: Zum Geleitwort einer Schlichtungsordnung. — Ungezügelter Zwang zum Streik. — Kein Streikrecht des Odmanns. — Aus unserer Industrie: Die Lage des deutschen Wollstoffgewerbes. — Auswanderung deutscher Textilarbeiter nach Rußland. — Englische Furcht vor dem deutschen Wettbewerb. — Aus unserer Bewegung: Von unserer schließlichen Bezirkskonferenz. — Eine Lohnbewegung in Nordbayern. — Berichte aus den Ortsgruppen: Emsdetten (Westf.). — Glauchau. — Lobberich. — Versammlungskalender.

Für die Schriftleitung verantwortlich Gerhard Müller, Düsseldorf 100, Lannenstr. 33.